



NEIN zu Frontex am 15. Mai

Nach unserer letzten Redaktions-sitzung zu Jahresbeginn stand am Ende fest, dass wir uns anlässlich der Ausgabe #11 unseres Rundschreibens dem Thema Gesundheit widmen wollen. Dann aber kam so unerwarteter- wie erfreulicherweise doch noch das Referendum gegen die Finanzierung von Frontex zustande – weshalb nun am 15. Mai eine eidgenössische Abstimmung bevorsteht, die unsere volle Aufmerksamkeit verdient.

Angesichts dessen wollen wir uns vor allem mit den Argumenten für oder gegen eine Annahme der Finanzierungsaufstockung von Frontex, mit den etwaigen Folgen einer allfälligen Annahme der Vorlage und mit aktuellen Aktionsmöglichkeiten beschäftigen. In der Ausgabe #09 vom August 2021 (damals noch **FLORA12**) haben wir uns bereits ausgiebig mit europäischer Grenzpolitik und der Funktionsweise von Frontex auseinandergesetzt – wer also noch

an kompaktem Hintergrundwissen zur Abstimmung interessiert ist, möge sich diese Ausgabe auf unserer website zu Gemüte führen (vgl. www.freiplatzaktion-basel.ch/verein/#publikationen).

Bekanntlich gingen in der Vergangenheit quasi alle asylpolitischen Abstimmungen zu Ungunsten der Asyl-suchenden aus. Hat das Referendum also überhaupt eine Chance an der Urne? Vorsichtig formuliert: Jein. Die Vorzeichen der Abstimmung erinnern an diejenige vom 5. Juni 2005: Damals kämpfte ein linkes Komitee in einer Art «unheiligen Allianz» mit der SVP gegen den Beitritt der Schweiz zu Schengen/Dublin, die Vorlage wurde letztlich mit 54.6% Ja-Stimmen relativ knapp angenommen. Seitdem hat die SVP die Anti-Schengen-Haltung regelrecht verinnerlicht. Rund 17 Jahre später steckt sie deshalb im Dilemma. Bleibt sie ihrer eigenen Tradition treu und ist sie der (notabene falschen, siehe S. 4) Ansicht, dass ein «Nein» am 15. Mai den Austritt aus

Schengen/Dublin zu Folge hätte, müsste sie folgerichtig an ihrer Delegiertenversammlung vom 9. April die Nein-Parole für den 15. Mai beschliessen. Ob sie dies tatsächlich getan hat, das wissen wir, wenn sie diese Ausgabe in Händen halten. (cas)

«Wir sehen das Referendum als solidarische Pflicht.»

Seiten 2-3

Das Schengen/Dublin-Abkommen: eine heilige Kuh?

Seiten 4-5

Wieso, weshalb, warum: der Veranstaltungskalender

Seite 6

Flatrates für alle!

Seite 8

«Wir sehen das Referendum als unsere solidarische Pflicht.»

Das Migrant Solidarity Network (MSN) ist weder riesig, noch verfügt es über herausragende finanzielle Ressourcen. Und bis vor Kurzem galt es deshalb auch nicht als «referendumsfähig». Dennoch reichte die Gruppierung Ende Februar über 62'000 gültige Unterschriften ein. Chapeau! Was treibt das MSN an und weshalb ergriff das Netzwerk überhaupt das Referendum? Ein Interview.

Wie kam es dazu, dass ihr als MSN das Referendum ergriffen habt?

Seit Jahren beklagen wir die Gewalt, die Frontex und lokale Grenzpolizist:innen an den Aussengrenzen der Festung Europa ausüben. Das bewusste Sterbenlassen ist für uns klar ein politisch gewollter Mord. Wir kritisieren die illegalen Pushbacks und die prügelnden Beamt:innen, die Menschen und ihre Menschenrechte mit Füßen treten. Dabei ist zu betonen, dass das Gros der ausgeübten Grenzgewalt keineswegs als illegal, sondern vielmehr als legal gilt. Die Menschenrechte gelten letztlich nur für «echte» Flüchtlinge, nicht Menschen die wegen Klima, Neokolonialismus oder dem globalen kapitalistischen System migrieren. Durch die Überwachung mittels Drohnen, Kameras, Helikopter und die repressiven Operationen der bewaffneten Grenzpolizist:innen wird diese Unterscheidung gewaltsam durchgesetzt. Menschen werden per Gesetz in Kategorien gepresst und dann ungleich behandelt. In der Schweiz ist dieses Leiden an den Aussengrenzen zwar bekannt. Doch die alltägliche Praxis von Frontex, die einer Art Kriegslogik gegen Migration folgt oder der Umstand, dass die Schweiz die Abschottung der Fes-

tung Europa mitfinanziert – diese Dinge sind vielen weniger bekannt. Mit dem Referendum wollten wir im Minimum das Wissen darüber verbreitern – und durch eine direkte, widerständig-solidarische Politintervention die Kräfteverhältnisse zu verschieben versuchen. Dazu verfolgen wir eine Strategie, die in der Black Lives Matter Bewegung als Defund Policy bekannt wurde: Um Frontex abzuschaffen, wollen wir Frontex kaputt sparen.

Wo seht ihr das Potential eines solchen Referendums für eine solidarische, antirassistische Bewegung in der Schweiz?

Die SP, die Grünen und viele Organisationen aus dem Asylbereich signalisierten nach der Parlamentsdebatte, dass sie das Referendum nicht ergreifen wollen. Vor diesem Hintergrund sahen wir es als politische Gelegenheit und solidarische Pflicht, ein paar grundsätzliche Frage aufzuwerfen: Wer will wirklich 61 Millionen pro Jahr für Menschenrechtsverletzungen ausgeben? Wer will die Gewalt, Elend und den Tod an den Aussengrenzen wirklich akzeptieren? Wer will ernsthaft Abschottung für die meisten Menschen des Globalen Südens – hingegen uneingeschränkte Bewe-

gungs- und Reisefreiheit für Schweizer:innen? Unsere Reise ist am 15. Mai nicht zu Ende. Wir wollen die Bewegungsfreiheit für alle. Leider ist schon jetzt bekannt, dass z.B. die SP bei einem «Nein» für einen Kuhhandel ins Parlament zurückkehren wird. Die SP würde den Frontex-Ausbau durchwinken, falls sich KKS (Karin Keller-Sutter, Anm. d. Redaktion) im Gegenzug bereit zeigt, grössere Kontingente von UNHCR-erkannten Personen aus Kriegsgebieten aufzunehmen. Doch dies ist eine Lösung für wenige statt alle.

Wer sich das rassistische Gewaltregime vor Augen führt, das top down eingeführt wurde, kann vermutlich spüren, dass Lösungen – wohl oder übel – von unten her erkämpft werden müssen. Das Referendum ist in diesem Kampf ein Mittel der Selbstverteidigung und keine Lösung. Es bietet der solidarischen, antirassistischen Bewegung eine sichtbare Bühne und potentielles Gewicht für migrantische Stimmen, Positionen und Interessen. Es bietet nach dem langen Coronawinter eine Möglichkeit für einen gemeinsamen Frühling.

Das Referendum richtet sich gegen die Erhöhung des Schweizer Finanzierungsbeitrags. Ist das angesichts der Vergehen von Frontex nicht zu

wenig, wenn der Status quo bei einer Annahme dadurch abgesegnet wird?

Frontex existiert seit 2005 und hätte von Anfang an den Auftrag gehabt, die Menschenrechte zu achten. Indes sind seitdem zehntausende Menschen an und zwischen den Grenzen gestorben. Die Schweiz unterstützt Frontex als Schengen-Mitglied seit 2009 finanziell und personell. Wer heute meint, die Schweiz müsse bei Frontex mitmachen, um Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen, schuldet den Familien und Freund:innen von Verstorbenen, eine Erklärung. Durch den Beitritt der Schweiz hat sich an den Grenzen nichts verbessert. Im Gegenteil, die Festung Europa wird heute nicht aufgebaut, sondern ausgebaut.

Mit dem Referendum fällt die Schweiz angeblich aus dem Schengen-Dublin-Abkommen. Was ist eure Position zu diesen Bedenken?

Verschiedentlich wird gedroht: Ein Nein zu Frontex, sei auch ein Nein zu Schengen-Dublin. Das Schengener Abkommen und das Dublin-Abkommen sind die juristische Grundlage dafür, dass Flüchtende und Migrierende an den Aussengrenzen und innerhalb Europas entrechtet, geschlagen und abgeschoben werden. Wenn es einen Austritt braucht, um Gewalt, Elend und Tod zu beenden, ist dies in Kauf zu nehmen bzw. wünschenswert. Die Sicherheit,

von welcher im Zusammenhang von Schengen und Dublin die Rede ist, ist eine falsche. Nur eine weltweite Minderheit, die zufällig am richtigen Ort – im Schengenraum – geboren wurde, hat Zugang zu Pässen und Visaberechtigungen für quasi grenzenlose Mobilität. Der Rest der Menschheit geniesst keine Bewegungsfreiheit und muss sich, um dasselbe Recht auszuüben, auf lebensgefährliche und teure Reiserouten begeben. Die Einen werden als Tourist:innen und ExPads gelesen, die anderen gelten als Migrant:innen oder «Flüchtlinge». Werden diese Abkommen von unten her abgeschafft, müsste Frontex Migrant:innen und Menschen auf der Flucht nicht mehr bekämpfen. Menschen könnten sich mit Würde und Respekt dort niederlassen, wo sie es sich wünschen. Migration muss nichts Illegales sein. Das ist keine Utopie. Utopisch ist es zu denken, dass sich Migration in einer globalisierten Welt gewaltsam verhindern lässt. Die sogenannte «irreguläre Migration» lässt sich am besten durch Legalisierung statt durch Frontex bekämpfen.

Der Krieg in der Ukraine überschattet derzeit alles andere. Die NZZ titelte kürzlich, bei den Geflüchteten handle es sich nun «um echte Flüchtlinge». Wie geht ihr im Hinblick auf das Referendum mit solchen rassistischen Einteilungen um?

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt klar: Wir brauchen offe-

ne und sichere Migrationsrouten. Doch in Polen, Rumänien und der Slowakei betreiben Frontex und lokale Grenzpolizist:innen Racial Profiling. Flüchtende aus der Ukraine empfangen sie solidarisch. Hingegen blockieren sie Menschen aus anderen Ländern, die nach Europa flüchten oder migrieren. Wir brauchen Solidarität. Und zwar für alle, die aufgrund von Kriegen sterben, leiden, flüchten und sich ihnen auf unterschiedlichste Art widersetzen. Wir begrüßen sehr, dass es der humanitären Hilfe an den Grenzen zur Ukraine nicht an Mitteln zu fehlen scheint – kritisieren aber, dass Europa ähnliche humanitäre Mittel im Mittelmeer, in der Ägäis oder auf der Balkanroute zurückhält. Wir begrüßen, dass das Dublin-System für Flüchtende aus der Ukraine ausgesetzt wurde und dass Transportunternehmen die kostenlose Weiterreise in einen europäischen Zielstaat der eigenen Wahl ermöglichen. Geflüchtete Menschen und Migrant:innen aus anderen Weltregionen brauchen diese Bewegungsfreiheit und Niederlassungsfreiheit gleichermaßen! Wir brauchen keinen Nationalismus und keinen Grenzrassismus. Und wir brauchen keine Militarisierung. Weder Frontex noch andere Armeen sollen nun entfesselte Milliarden erhalten. Dies beschleunigt die Gewaltspirale. Das Wettrüsten fördert Misstrauen, Konkurrenz, Spannungen, Konflikte und weitere Kriege. (mb)

#NoFrontex

5,6 
billion euros until 2027

**FRONTEX's budget
for a deadly border
protection**

**NO
FRONTEX**



**NO
FRONTEX**

**Build a civil European
Search and Rescue
programme instead!**

Das Schengen/Dublin-Abkommen: eine heilige Kuh?

Die Diskussion um das NoFrontex-Referendum ist geprägt von der Befürchtung, dass ein erfolgreiches Referendum die Schengen/Dublin-Assoziierung der Schweiz gefährden könnte. Zur Frage, ob diese Angst überhaupt berechtigt ist und weshalb wir uns ganz grundsätzlich nicht aus der Verantwortung stellen dürfen.

Mittwoch, 2. März 2022, Medienkonferenz des Bundesrates zur Beteiligung der Schweiz am Ausbau von Frontex: Die Bundesrät:innen Karin Keller-Sutter und Ueli Maurer werben für die neue Frontex-Verordnung und warnen eindringlich vor einer Annahme des Frontex-Referendums am 15. Mai 2022. «Wir dürfen uns hier also keine Illusionen machen», mahnt die Justizministerin, «mit einem Nein zu Frontex ist die Assoziierung der Schweiz an Schengen und Dublin akut gefährdet.» Die Gegner des Frontex-Referendums sind sich einig. Ein «Nein» am 15. Mai 2022 sei auch ein «Nein» zu Schengen und ein «Nein» zu Sicherheit und Reisefreiheit. Denn bei einer Annahme des Referendums werde die Schweiz nach sechs Monaten automatisch aus dem Schengen- und Dublin-Abkommen ausscheiden.

Nun, auch als Bundesrät:innen bleiben Maurer und Keller-Sutter Politiker:innen, die Partikularinteressen verfolgen. Dies bedeutet, dass nicht alles zwingend genau so stimmen muss, wie sie es auslegen. Interessanterweise konnte sich die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) leider auch nicht dazu durchringen, das Referendum zu unterstützen. Obschon die SFH die grundsätzliche Kritik an der Grenzschutzagentur Frontex teilt, befürchtet auch

sie, dadurch die Schengen/Dublin-Assoziierung der Schweiz zu gefährden. Hat die SFH nun recht oder unrecht? Agiert sie (erneut) zu ängstlich? Zieht sie die falschen Schlüsse?

Was wäre, wenn?

Die Frontex-Verordnung der EU wurde bereits per Dezember 2019 revidiert. Mit der revidierten Verordnung erhält Frontex «zum Schutz der Schengen-Aussengrenzen» (massiv) mehr finanzielle und personelle Ressourcen zugesprochen. Durch die Assoziierung an Schengen ist die Schweiz verpflichtet, diese Verordnung ebenfalls umzusetzen. Wie genau sie dies im Detail tut, ist eine innenpolitische Debatte. Bundesrat und Parlament haben nun im Oktober 2021 beschlossen, dass die Schweiz ihren jährlichen Beitrag an Frontex bis 2027 schrittweise von 14 auf 61 Millionen Franken erhöhen und mehr Schweizer Grenzschrützer an die EU-Aussengrenzen entsenden soll. Und über eben diesen Beschluss wird am 15. Mai abgestimmt. Auch wenn die Daseinsberechtigung von Frontex damit nicht grundsätzlich zur Debatte steht, ist die öffentliche Diskussion darum begrüssenswert und wichtig, zumal es auch ein Anliegen des Referendumskomitees ist, gegen die Finanzierung und für die Abschaffung von Frontex einzustehen. Steht aber nun bei

der anstehenden Abstimmung wirklich die Assoziierung der Schweiz an Schengen und Dublin auf dem Spiel?

Bei Annahme des Referendums wird neu verhandelt

Bei einer Annahme des Referendums würde sich zunächst die Frage stellen, wie dies interpretiert werden soll: Gilt die Ablehnung der revidierten EU-Verordnung zum Ausbau von Frontex oder nur der innerstaatlichen Umsetzung von Bundesrat und Parlament? In ersterem Fall würde sich die Schweiz künftig nicht weiter an einem Ausbau von Frontex beteiligen und in der Folge auch die revidierte EU-Verordnung zu Frontex nicht umsetzen. Diesfalls müssten die Schweiz, die EU und deren Mitgliedstaaten – um eine Beendigung der Schengen/Dublin-Assoziierung zu verhindern – eine einstimmige Lösung zur Weiterführung der Zusammenarbeit finden. Beispielsweise könnte die Schweiz sich bereit erklären, im Gegenzug künftig mehr Flüchtende aufzunehmen, was den fehlenden Beitrag zur Finanzierung von Frontex mehr als ausgleichen und auch die EU zufriedenstellen sollte. Auch angesichts der vielfältigen Verflechtungen der EU und der Schweiz ist es eher unwahrscheinlich, dass es die EU tatsächlich zu einer Beendigung kommen lassen würde. Ein gewisser

Unsicherheitsfaktor verbliebe natürlich trotzdem. Wahrscheinlicher ist zurzeit allerdings, dass ein «Nein» als Ablehnung der innerstaatlichen Umsetzung interpretiert wird. Denn verschiedene Organisationen und Parteien, die das Referendum im Grundsatz unterstützen, haben sich bereits in der Vernehmlassung nicht per se gegen eine Umsetzung der EU-Verordnung, das heisst den Ausbau von Frontex, ausgesprochen, sondern vielmehr eine «ausgewogene» Vorlage mit Ausgleichsmassnahmen (wie bspw. legale Fluchtwege in die Schweiz oder die Erhöhung der Resettlementkontingente) gefordert. In der Konsequenz würde dies bedeuten, dass Bundesrat und Parlament nochmals über die Bücher und einen neuen, mehrheitsfähigen Beschluss treffen müssten. Aus realpolitischer Sicht ist Schengen/Dublin ergo nicht gefährdet; die Zurückhaltung der SFH muss vor diesem Hintergrund als Irrtum bezeichnet werden. Lassen Sie sich nicht beirren, sollten Sie vor dem 15. Mai noch etwas anderes vernehmen.

Wir dürfen uns nicht aus der Verantwortung stehlen

Doch weshalb überhaupt dieser reflexartige Abwehrmechanismus im Zusammenhang mit Schengen/Dublin? Sicherlich, das Schengener Übereinkommen hat unser aller Leben vereinfacht und Gutes gebracht: grenzenlose Bewegungsfreiheit für alle Bürger:innen Europas, die Abschaffung von Ausweis- und Zollkontrollen, keine langen Staus an den Grenzen und keine Warteschlangen an den Flughäfen. Die Reise- und Bewegungsfreiheit im Schengenraum ist

«Aus realpolitischer Sicht ist Schengen/Dublin bei Annahme des Referendums nicht gefährdet.»

mittlerweile kaum mehr wegzudenken und auch die Wirtschaft hat nicht unerheblich profitiert. Doch Schengen/Dublin ist keine heilige Kuh. Einher mit den offenen Grenzen kamen auch der verstärkte Schutz der EU-Aussengrenzen durch kilometerlange Zaunanlagen, ein paneuropäisches Grenzüberwachungsnetzwerk, zwielichtige Abmachungen mit den EU-Anliegerstaaten und der Grenzschutzagentur Frontex. Die Folgen sind bekannt: Menschenhandel, illegale Pushbacks und lebensbedrohliche Fluchtrouten. Spätestens 2015, als mehr als eine Million Menschen nach Europa flüchtete, hat sich gezeigt, dass das Dublin-System gescheitert ist. Die humanitäre Katastrophe in Griechenland ist eine direkte Folge dieses Regimes und trotz der prekären Lage konnten sich die Mitgliedstaaten bis heute nicht über

eine Reform der Dublin-III-Verordnung einigen. Besorgniserregend ist auch die kontinuierliche Vorverlegung der Schengen-Aussengrenzen. Denn nicht nur mit Libyen und der Türkei, sondern auch mit Staaten bis weit nach Afrika hinein bestehen Kooperationen – als elementarer Teil der EU-Strategie zum Schutz der Aussengrenzen. Die Richtung, in welche sich das Gebilde Schengen/Dublin bewegt, ist – gelinde gesagt – erschreckend und ein Kurswechsel wäre dringend notwendig.

In der Schweiz ist es aber ein Leichtes, sich nicht in der Verantwortung zu wägen, denn die europäischen Aussengrenzen sind weit weg. Durch die Assoziierung an Schengen/Dublin sind wir indes fest in das Gefüge der europäischen Grenzpolitik eingebunden und tragen damit eine Mitverantwortung. Frontex ist nicht Ursache dieser Probleme, sondern eher ein Symptom der europäischen Migrationspolitik. Gerade deshalb sind zwingend Grundsatzdiskussionen über Schengen/Dublin und die Ausgestaltung der Schengen-Aussengrenzen zu führen. Das Frontex-Referendum mcht genau dies: es zwingt nicht nur die Regierung, sondern auch uns Stimmberechtigte, Stellung zu dieser Frage zu beziehen. (ls)

Impressum

Redaktion, Layout & Lektorat

Moritz Bachmann (mb)
Moreno Casasola (cas)
Linda Spähni (ls).

2700 Exemplare

Spendenkonto

Basellandschaftliche
Kantonalbank
4410 Liestal/H
PC 40-44-0
Clearing Nr. 769
IBAN CH6800769016310143829

Kontakt

Freiplatzaktion Basel
Elsässerstrasse 7
CH-4056 Basel
Tel. +41 61 691 11 33
infos@freiplatzaktion-basel.ch
www.freiplatzaktion-basel.ch



VERANSTALTUNGSKALENDER

NOFRONTEX Basel

Am 15. Mai wird in der Schweiz über die Erhöhung des Frontex-Beitrages abgestimmt. Obwohl sich die Schweiz schon seit Jahren an der Arbeit der europäischen Grenzschutzagentur beteiligt, ist sie vielen unbekannt. Die folgenden Veranstaltungen bieten eine Möglichkeit, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen oder aktiv zu werden.

VERANSTALTUNGEN APRIL & MAI 2022

22. April 19:00 Uhr, Elsässerstrasse 7 (Freiplatzaktion Basel)

Vortrag & Diskussion: Frontex und das umkämpfte europäische Grenzregime

Simon Noori (Geograph Universität Zürich) und Bernd Kasperek (Migrationsforscher an der HU Berlin und bordermonitoring.eu)

22., 23., 24. April - Verschiedene Orte

Internationale "abolish frontex action days" zur Unterstützung des NoFrontex-Referendums

Spontane Aktionen werden kurz vorher bekannt gegeben. Infos auf: <https://abolishfrontex.org>

28. April 19:00 Uhr, BFS-Lokal, Hammerstrasse 178 (BastA! & BFS)

Aktion: Was Klimagerechtigkeit mit einer solidarischen Migrationspolitik zu tun hat

Gemeinsames Postkartenschreiben mit einem Input der Bewegung für Sozialismus (BFS) zum Zusammenhang von Klimagerechtigkeit und der Forderung nach Bewegungsfreiheit für Alle. Miriam Kahn hat ein Bild gegen das Sterben im Mittelmeer gedruckt, welches als Postkarte aufliegen wird. Mit persönlichen Briefen wollen wir unsere Freund:innen für die Abstimmung am 15. Mai mobilisieren.

29. April 18:30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Rebgrasse 1 (Solidarité sans frontières, Alarmphone)

Vortrag: Frontex, Abschottung im Namen der EU: Die zentrale Mittelmeerroute

Wie hilft Frontex der sogenannten libyschen Küstenwache, Menschen auf ihrem Weg nach Europa abzufangen? Dieser und weiteren Fragen gehen die drei Referent:innen nach: Britta Rabe (Watch the Med Alarmphone, Central Med Regional Team), Matthias Monroy (Netzaktivist; Redakteur der Zeitschrift CILIP/Bürgerrechte & Polizei) und eine Vertreter:in des Eritreischen Medienbunds.

29. & 30. April 20:00 Uhr, Barakuba Gundeldinger Feld, Dornacherstrasse 192 (MAXIM Theater, Zürich, Alarmphone)

Theater: Mittelmeermomologes

Die «Mittelmeer-Momologes» sind dokumentarisches, wortgetreues Theater, basierend auf mehrstündigen Interviews. Reale Fälle der Seenotrettung werden rekonstruiert und aus der Perspektive von Betroffenen und Aktivist*innen erzählt. Eintritt frei, Kollekte

Jeweils ab 15:00 Uhr: Workshops von 3rosen gegen Grenzen - Infos folgen

6. Mai 20:00 Uhr, Mattenstrasse 74/76 (Basel2030, Stadt für Alle, Freiplatzaktion Basel)

Film & Diskussion: Verzweigtes Aufbäumen - Von Zellstoff, Landkonflikt und Widerstand in Chile (CHL/DE 2021)

Die chilenische Protestbewegung verstärkte Ende 2019 ihre Aktivitäten gegen die Regierung und das neoliberale Wirtschaftssystem. Mehrere Millionen Menschen forderten auf Strassen und in Versammlungen eine Abkehr von Privatisierungen, Rohstoffausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen. Die landesweiten Blockaden trafen auch die lukrative Holzbranche und dessen globale Lieferkette. Nach dem Film reden wir über den Zusammenhang von Umweltzerstörung, Klimawandel und Flucht, sowie Möglichkeiten des Widerstandes.



Nein zu Frontex | Ja zur Bewegungsfreiheit
Nein am 15. Mai 2022
→ frontex-referendum.ch

NO
FRONTEX

Frontex Budget

543 Mio. €

2021

Nein zu immer
mehr Geld für die
Abschottung Europas!

2015

2010

6 Mio. €

2005

NO
FRONTEX



Flatrates für alle: Schluss mit der selektiven Solidarität!

Vom sofortigen Aufenthaltsrecht und Zugang zum Arbeitsmarkt über die kostenlose Benutzung des ÖVs bis hin zur Gratis-Flatrate: Die Ungleichbehandlung von Ukrainer:innen gegenüber Asylsuchenden aus anderen Ländern ist nicht mehr zu übersehen. Zeit also, um grundsätzliche Verbesserungen für alle Geflüchteten einzufordern!

Bereits wenige Tage nach Kriegsbeginn machten sich konservative Medien und Politiker:innen daran, nach Unterschieden zwischen den flüchtenden Ukrainer:innen und allen anderen, bis anhin Geflüchteten zu suchen. Es wurde scharfsinnig abgegrenzt zwischen «Vertriebenen» und «Flüchtlingen», zwischen «Kriegsflüchtlingen» und «Migrant:innen», zwischen Menschen die so aussähen «wie wir» und solchen, die es nicht tun, zwischen Europäer:innen und Nicht-Europäer:innen, zwischen Weissen und Nicht-Weissen. «Es sind dieses mal echte Flüchtlinge» schrieb die NZZ – eine ungeheuerliche Aussage, welche das Schicksal unzähliger Menschen verhöhnt.

Abweichende Wahrnehmungen

Die Soziologin Teresa Koloma Beck wies in diesem Zusammenhang auf eine historische Kontinuität hin, nach welcher Geflüchtete aus dem globalen Süden in Europa tendenziell in einer humanitären Logik betrachtet würden. Oft dargestellt als Menschen, die ums «nackte Überleben kämpfen müssen», böten sie weniger Identifikationsmöglichkeiten als die Flüchtenden aus der Ukraine. Bei letzteren bestünde historisch bedingt

(im wesentlichen durch die kollektiven Erfahrungen im «kalten Krieg») ein grösseres Bewusstsein darüber, dass es sich um Akteure mit einer politischen Subjektivität handelt, Menschen mit eigenen Werten und Idealen.

Geschichte der Entmenschlichung

Jedoch wäre es zu einfach, unser Blick auf Geflüchtete aus dem globalen Süden alleine mit der tradierten «humanitären» Logik zu erklären – ist es doch gerade die hartnäckige Verweigerung von Humanität, welche unser Verhältnis zu jenen Menschen seit Jahren prägt: Kaum ein politisches Ziel wurde in Europa in den vergangenen Jahrzehnten so konsequent verfolgt, wie die Abschreckung und kategorische Entmenschlichung all jener, die über die Balkanroute, das Mittelmeer oder Ceuta europäischen Boden zu erreichen versuchten. Dies geschah mit der Aufrüstung und dem massiven Ausbau von Frontex an den EU-Aussengrenzen, mit den Abschreckungsinszenierungen an den EU-Aussengrenzen und mit der gezielten Isolation von Menschen in den BAZ und Nothilfezentren in der Schweiz. Genau diese Geschichte schreibt sich nun inmitten der Solidaritätswelle für Geflüchtete aus der Uk-

raine fort. So wurden an den Grenzen verschiedener Europäischer Länder Schwarze Menschen, Rom:nja und POCs mit Rassismus mit rassistischer Diskriminierung konfrontiert; wurden bereits über 400 Geflüchtete aus der Ukraine ohne Ukrainische Staatsbürgerschaft bei ihrer Ankunft in Polen von Frontex nach Tadschikistan und Kirgistan ausgeschafft. Auch in der Schweiz ist diese rassistische Trennlinie erkennbar: Im Gegensatz zu Menschen im Asylprozess dürfen Personen aus der Ukraine sofort privat wohnen, lernen und arbeiten. Ihr Status als Schutzsuchende wird unabhängig von ihrer persönlichen Verfolgungssituation anerkannt, kostenlose GAs sollen die Mobilität in der Schweiz erleichtern, Mobiltelefonanbieter stellen Gratis-Abos in Aussicht.

Angemessene Bedingungen für alle!

Im Umgang mit den Menschen aus der Ukraine wird derzeit also deutlich, was alles möglich wäre. Das «Bündnis unabhängige Rechtsarbeit im Asylbereich» hat die dazu passenden Forderungen formuliert:

www.bündnis-rechtsarbeit-asyl.ch